

# Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik!

von Hedwig Krimmer

Seit nunmehr über drei Jahren führt ver.di München eine Kampagne durch unter dem Titel „Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik“. Veranstaltungen wechseln sich ab mit Aktionen wie z.B. gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis am 30. Juli 2009 in München. Dazu gehört auch die umfassende und breit angelegte Aktion *Versammlungsfreiheit* gegen das bayerische Versammlungsgesetz, in der ver.di München federführend war.

Wie kam es zu dieser Kampagne? 1999 wurde in der Quellgewerkschaft HBV ein Arbeitskreis gegen rechts gegründet. Von Anfang an reduzierte sich der Arbeitskreis nicht auf Aktivitäten gegen offen auftretende Nazis, sondern nahm staatliche Maßnahmen, die die Republik nach rechts rücken, ins Visier. Als nach dem 11. September 2001 der sogenannte „Ottokatalog“ (ein Paket an „Anti-Terrorgesetzen“, benannt nach dem damaligen Innenminister Otto Schily) durchgepeitscht wurde, organisierte ver.di München dagegen eine Informationsveranstaltung mit Burkhard Hirsch unter dem Motto „Abschied vom Grundgesetz?“. Wir hatten einen übervollen Saal im Gewerkschaftshaus, aber: Aus der Veranstaltung ging nichts weiter hervor. Das ließ uns erst einmal zögern, wieder eine Veranstaltung zu machen, während mit der großen Koalition der militaristische und antidemokratische Umbau des Staates in Meilenstiefeln voranging. Als zu dieser Zeit, im November 2006, die Humanistische Union eine Veranstaltung mit Rolf Gössner unter dem Titel „*Freiheit stirbt mit Sicherheit - Anti-Terror-Kampf auf Kosten der Bürgerrechte*“ machte, mobilisierten wir deswegen in den Gewerkschaften. Doch wir mussten feststellen: kein einziger Kollege und keine einzige Kollegin kam.

Aber musste es nicht genau darum gehen, die Gewerkschaften zum Aktivposten einer Bewegung für Frieden und Demokratie zu machen? Machte nicht gerade das die 68er stark im Kampf gegen die Notstandsgesetze? Es waren die Gewerkschaften (damals insbesondere die IG Metall), die sich am Kampf gegen die Notstandsgesetze maßgeblich beteiligten. Und es brach dem Kampf die Spitze, als die Gewerkschaften für ein Zuckerle, die Herausnahme des Streiks aus den Notstandsgesetzen, noch vor der großen Demonstration am 11. Mai 1968 aus der Kampffront ausscherten. Eine demokratische Bewegung, die in den Arbeitern die Zukunft erkennt - und die großen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften: *Das ist das, was zusammengehört. Wenn wir es schaffen, denjenigen, um die es ja letztendlich bei all diesen antidemokratischen Maßnahmen geht, deutlich zu machen, wie all dies ihr Leben, ihren Frieden, ihre Demokratie, ihre Zukunft bedroht, dann ist der Boden da für das „Gemisch“, was wir brauchen, um dem fortschreitenden Staatsumbau, der fortschreitenden Militarisierung, die uns ja hier zusammengeführt hat, unsere Macht entgegenzusetzen.*

Also machten wir uns doch wieder an eine gewerkschaftliche Veranstaltung, diesmal unter dem Motto „Je mehr Not – desto mehr Notstand, oder: Grundgesetz – war da was?“ im Rahmen der ver.di-Aktionswoche gegen die Rente mit 67. Gerhart Baum und Gabriele Heinecke füllten uns wieder den Saal, aber diesmal hatten wir den klaren Willen, es nicht bei dieser Veranstaltung zu belassen. Einige Wochen später lud ver.di München zu einem ersten Arbeitstreffen „Rettet die Grundrechte – gegen den Notstand der Republik“ ein. Über 90 Kolleginnen und Kollegen aber



## NEIN ZUM BUNDESWEHREINSATZ IM INNEREN

Veranstaltung  
von ver.di München

mit Ulrich Sander

in Zusammenarbeit mit dem  
Einladerkreis „Rettet die Grundrechte –  
gegen den Notstand der Republik“

26. September 2007  
DGB-Haus München

Dokumentation

ver.di



## Offener Brief



zum öffentlichen Rekrutengelöbnis  
am 30. Juli 2009  
auf dem Münchner Marienplatz

Am 30. Juli soll auf Betreiben des Generalmajors Wessels auf dem Münchener Marienplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis stattfinden. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 25. Juni 2009 berichtet, hat der Stadtrat mehrheitlich eine Entschließung verabschiedet, mit der er die Entscheidung des Oberbürgermeisters, der Bundeswehr für das Rekrutengelöbnis am 30. Juli den Marienplatz zur Verfügung zu stellen, ausdrücklich begrüßt. Anders als die Stadtratsmehrheit begrüßt der Bezirk München der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft diese Entscheidung nicht. Wir befürchten zudem, dass es bei diesem einen Gelöbnis wohl nicht bleiben wird, sondern dass damit der Startschuss für weitere öffentliche Gelöbnisse in München gegeben wird.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat sich stets für Frieden und Demokratie und gegen die Militarisierung der Gesellschaft eingesetzt. Wir beobachten mit Sorge, dass der Einsatz militärischer Mittel mehr und mehr zur Normalität wird. Obwohl das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zur Territorialverteidigung und – unter genau definierten Bedingungen – zur Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung militärisch bewaffneter Aufständischer zulässt, wird das Mandat der Bundeswehr Schritt um Schritt darüber hinaus ausgeweitet: Auslandseinsätze wie in Afghanistan und Einsätze im Inneren wie während des G-8-Gipfels in Heiligendamm oder die Ausübung des Hausrechts bei der sog. „Sicherheitskonferenz“ im Hotel „Vier Jahreszeiten“ durch die Bundeswehr sind Beispiele hierfür.

ver.di München betrachtet öffentliche Gelöbnisse als einen Schritt hin zu dem Ziel, die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel zu gewöhnen. Zudem ist bekannt, dass öffentliche Gelöbnisse regelmäßig zur Einschränkung der demokratischen Rechte derjenigen führen, die gegen eine solche öffentliche Inszenierung des Militärischen protestieren.

ver.di München hat deswegen beschlossen, eine kritische Öffentlichkeit herstellen. Wir wenden uns an Alle, uns dabei zu unterstützen!

ver.di München, beschlossen vom Bezirksvorstand am 1. Juli 2009

<p>München, den</p> <p>Sehr geehrte Herren und Damen Stadträte,</p> <p>mit einem öffentlichen Gelöbnis am Marienplatz am 30. Juli 2009 soll die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel gewöhnt werden.</p> <p>Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt München wenden wir uns gegen diese militärische Selbstdarstellung.</p> <p>Wir brauchen sie nicht – auch und gerade in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“ und der Stadt des Münchner Abkommens von 1938.</p> <p>Ich fordere Sie deswegen auf, künftig alle ihre Mittel auszuschnöpfen, damit öffentliche Bundeswehrgelöbnisse nicht in München durchgeführt werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Name und ggf. Adresse</p>	<p>München, den</p> <p>Sehr geehrte Herren und Damen Stadträte,</p> <p>mit einem öffentlichen Gelöbnis am Marienplatz am 30. Juli 2009 soll die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel gewöhnt werden.</p> <p>Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt München wenden wir uns gegen diese militärische Selbstdarstellung.</p> <p>Wir brauchen sie nicht – auch und gerade in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“ und der Stadt des Münchner Abkommens von 1938.</p> <p>Ich fordere Sie deswegen auf, künftig alle ihre Mittel auszuschnöpfen, damit öffentliche Bundeswehrgelöbnisse nicht in München durchgeführt werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Name und ggf. Adresse</p>
<p>An den Stadtrat von München c/o Amt des Oberbürgermeisters</p> <p>80313 München</p>	<p>An den Stadtrat von München c/o Amt des Oberbürgermeisters</p> <p>80313 München</p>

## Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg

man drehe diesem Kram den Rücken oder bekämpfe ihn aktiv.  
Auch wohlwollende Zuschauer sind Bestärkung.

Kurt Tucholsky, 1927



Wolfgang Bialas (Leibniz) 1941, 1997, Auf heimlichen Wegen, © Kurt Tucholsky

30. Juli 2009 in Münchens Guter Stube

auch Vertreter von Humanistische Union, VVN, SPD, Grünen, Linke... kamen. Ein Kreis wurde gebildet, der nun monatlich zu Arbeitstreffen bzw. Veranstaltungen einlud. Eine davon fand z.B. mit Ulrich Sander gegen den Bundeswehr-Einsatz im Inneren statt, zu der auch eine Dokumentation erstellt wurde.

Ab Januar 2008 nahm uns eine Folge der unsäglichen Föderalismusreform, der von der bayerischen Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Landes-Versammlungsgesetzes, voll und ganz in Beschlag. Zu recht, denn es gelang ein breitestes Bündnis unter der Führung der Gewerkschaften zusammenzubringen. Damit hatte die bayerische Staatsregierung nicht gerechnet und selbst der Versuch, die Gewerkschaften mit einem Zuckerle aus der Kampffront herauszulösen, misslang. Die bayerische Staatsregierung (damals nur aus CSU bestehend) zog zwar das Gesetzgebungsverfahren durch. Aber die Verfassungsbeschwerde von 13 Organisationen, vom DGB Bayern über SPD, Grüne, die Linke, Humanistische Union und andere, konnte bereits mit ihrem Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das bayerische Versammlungsgesetz einen klaren Punktsieg erreichen. Diese Arbeit strahlte auch nach Baden-Württemberg aus und hat den Kampf gegen den dortigen Entwurf eines Versammlungsgesetzes beflügelt.

Ein wichtiger Kristallisationspunkt unserer Arbeit war das öffentliche Rekrutengelöbnis am 30. Juli 2009 in München. ver.di München nahm nach einer ausführlichen internen Diskussion öffentlich gegen das Rekrutengelöbnis Stellung (siehe den offenen Brief), schrieb damit sämtliche Stadträte an und machte eine Postkarten-Aktion (siehe Abbildung) an den Stadtrat. Am

Tag des Gelöbnisses wurde ganz in dessen Nähe ein 20 Meter langes Transparent aufgestellt mit dem eindringlichen Satz von Kurt Tucholsky „Jubel zu militärischen Schauspielen ist eine Reklame für den nächsten Krieg“. Die dazu herausgeschickte Presse-Erklärung schlug ein wie eine Bombe, der Münchner Merkur empörte sich mit der Hauptschlagzeile gegen ver.di, Kommentatoren überschlugen sich fast und bundesweit schlugen die Wellen hoch. Auch innerhalb von ver.di wurde und wird darüber gestritten. Der Bezirksvorstand von ver.di München ließ sich aber davon nicht beirren und nach ausführlicher Diskussion stand und steht er weiterhin einhellig zu der Aktion.

Unsere aktuellen Aktivitäten sind einerseits zu der Massenvorratsdatenspeicherung aller abhängig Beschäftigten, ELENA und eine Veranstaltung der GEW München gegen die fortschreitende Militarisierung der Schulen unter dem Titel „Wen oder was sucht die Bundeswehr an den Schulen?“. Referent ist u.a. Michael Schulze von Glaßer, den wir auf dem IMI-Kongress kennengelernt haben.

Viele in der antimilitaristischen Bewegung Aktive sind gleichzeitig Mitglied in der Gewerkschaft, insbesondere in ver.di. Ich bin der Meinung: Jeder einzelne sollte sich nicht damit aufhalten, was kann ich in meiner Gewerkschaft nicht tun – sondern darauf sein Augenmerk richten: was kann ich in meiner Gewerkschaft tun? Wenn alle so herangehen, sind wir, davon bin ich überzeugt, bald ein Schritt weiter zu der Bewegung für Frieden und Demokratie, die dieses Land so dringend braucht.